



**REPUBLIK ÖSTERREICH**  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN

Geschäftszahl 14.415/4-I/10/87

1011 Wien, Stubenring 1

Telefon 0222/7500

Name des Sachbearbeiters:

Koär. Dr. Österreicher

Klapp 5435 Durchwahl

Fernschreib-Nr. 111145, 111780

An das  
Präsidium des Nationalrates  
Parlament  
1016 Wien

Bitte in der Antwort die  
Geschäftszahl dieses  
Schreibens anführen.

7. Oktober 1987 !

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Finanzausgleichsgesetz 1985,  
das Katastrophenfondsgesetz 1986, das  
Rückzahlungsbegünstigungsgesetz 1987,  
das Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds-  
gesetz, das Wohnbauförderungsgesetz 1984,  
das Wohnhaussanierungsgesetz sowie das  
Kapitalversicherungs-Förderungsgesetz  
geändert werden und das Bundesgesetz vom  
24.11.1972, BGBl.Nr. 443/1972, aufgehoben  
wird;

Begutachtung

Datum: 8. OKT. 1987

Verteilt: 8. OKT. 1987 *Reichenberger*

Unter Bezugnahme auf die Entschliebung des Nationalrates  
anlässlich der Verabschiedung des Geschäftsordnungsgesetzes,  
BGBl.Nr. 178/1961, beehrt sich das Bundesministerium für  
wirtschaftliche Angelegenheiten, 25 Ausfertigungen seiner  
Stellungnahme zum Entwurf des o.a. Gesetzes, zu übermitteln.

25 Beilagen

Wien, am 6. Oktober 1987

Für den Bundesminister:

J e l i n e k

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*[Handwritten signature]*



**REPUBLIK ÖSTERREICH**  
**BUNDESMINISTERIUM**  
**FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN**

1011 Wien, Stubenring 1

Telefon 0222/7500

Name des Sachbearbeiters:

Koär. Dr. Österreicher

Klappe 5435 Durchwahl

Fernschreib-Nr. 111145, 111780

Geschäftszahl 14.415/4-I/10/87

An das  
 Bundesministerium für Finanzen  
 Himmelpfortgasse 4-8  
1015 Wien

Bitte in der Antwort die

Geschäftszahl dieses

Schreibens anführen.

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes,  
 mit dem das Finanzausgleichsgesetz 1985,  
 das Katastrophenfondsgesetz 1986, das  
 Rückzahlungsbegünstigungsgesetz 1987,  
 das Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds-  
 gesetz, das Wohnbauförderungsgesetz 1984,  
 das Wohnhaussanierungsgesetz sowie das  
 Kapitalversicherungs-Förderungsgesetz  
 geändert werden und das Bundesgesetz vom  
 24.11.1972, BGBl.Nr. 443/1972, aufgehoben  
 wird;

7. Oktober 1987 !

Begutachtung

zu do. Zl. 61 2102/24-II/11/87

Zu dem im Betreff genannten Gesetzentwurf beehrt sich das ho.  
 Ressort folgendes mitzuteilen:

1. Durch die Kürzung der Mittel für die Wohnbauförderung können auch die Versorgung mit Wohnraum bzw. die Bauwirtschaft betroffen sein, sofern nicht durch Gegenmaßnahmen wie Förderungsverkauf (auch der Länder!) bzw. Anhebung der Altdarlehen Gegenmaßnahmen getroffen werden.
2. Durch Art. I des VI. Abschnittes des Entwurfes sollen die §§ 4 bis 8 des Wohnhaussanierungsgesetzes aufgehoben werden. Daraus ergibt sich die Frage nach der weiteren rechtlichen Bedeutung des § 33 des Stadterneuerungsgesetzes i.d.F. BGBl.Nr. 340/1987, der ausdrücklich an § 7 des Wohnhaussanierungsgesetz anknüpft.

Diese Frage läßt sich nur aus dem Zusammenhang mit einem

./.

weiteren Gesetzentwurf, der derzeit im ho. Ressort vorbereitet wird und durch den die genannte Bestimmung ausdrücklich aufgehoben werden soll, beantworten.

Es wird daher angeregt, zur Klarstellung in den Erläuterungen auf diese geplante gesetzliche Maßnahme hinzuweisen.

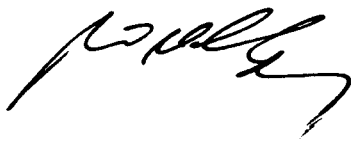
25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Wien, am 6. Oktober 1987

Für den Bundesminister:

J e l i n e k

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

A handwritten signature in dark ink, appearing to be a stylized 'P' followed by a long horizontal stroke and a small flourish at the end.